

Fritz Breuss

Was kostet die Erweiterung – was bringt sie?

Einleitung

Die EU wird am 1. Mai 2004 um 10 neue Mitgliedstaaten erweitert. Die nunmehr fünfte EU-Erweiterung hebt sich in mehrfacher Hinsicht von den früheren ab. Zum einen ist es die größte Erweiterung und hat gleichzeitig historische Bedeutung (endgültige Überwindung der Ost-West-Spaltung). Zum anderen vereinigen sich reiche mit relativ armen, erst am Anfang sich zu Marktwirtschaften entwickelnden Staaten. Durch das Einkommensgefälle ergeben sich auch nicht unerhebliche Kosten der Erweiterung (Strukturfonds, Agrarausgaben). Dennoch zeigen Modellberechnungen, dass die EU-Erweiterung für beide Seiten eine „Win-win-Situation“ ist, wobei die neuen EU-Mitgliedstaaten relativ zu den alten mit den zehnfachen Integrationseffekten (gemessen am realen BIP) rechnen können. Bei den alten EU-Mitgliedstaaten gibt es Gewinner und Verlierer.

1. Nach 10 Jahren am Ziel – Von Kopenhagen bis Kopenhagen

Zehn Länder haben es geschafft. Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn sowie Malta und Zypern werden, wenn die Ratifikation ohne Probleme über die Bühne geht, am 1. Mai 2004 Mitglieder der Europäischen Union (EU) werden. Damit wird die EU 25 Mitglieder umfassen. Bulgarien und Rumänien könnten den Zieleinlauf im Jahr 2007 schaffen. Mit der Türkei wird die EU erst nach einem positiven Bericht der Kommission verhandeln. Das hat der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs in Kopenhagen am 12./13. Dezember 2002 beschlossen. Alles hat mit der Einladung an die mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) anlässlich des Europäischen Rates in Kopenhagen im Juni 1993 begonnen. Damals wurde die Einladung zur Mitgliedschaft in der EU mit drei Kriterien, die nun „Kopenhagener Beitrittskriterien“ heißen, verknüpft. Demnach können der EU nur europäische Länder beitreten, die politisch stabil (Demokratie, Beachtung der Menschenrechte, Schutz der Minderheiten) und wirtschaftlich fit sind (funktionierende Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerb des Binnenmarktes standzuhalten) sowie den Rechtsbestand der EU (acquis communautaire) und die Ziele der Union (Wirtschafts- und Währungsunion, Politische Union) übernehmen. Die Überprüfung erfolgt durch die Europäische Kommission im Rahmen der laufenden Beitrittsverhandlungen, deren Ergebnisse in jährlichen Fortschrittsberichten zusammengefasst werden.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und dem Übergang der ehemaligen Ostblockstaaten von Plan- zu Marktwirtschaften haben sich die Beziehungen zwischen der EU und den MOEL auf mehreren Ebenen intensiviert. Zum einen wurden 10 Europaabkommen abgeschlossen, die neben einer Beitrittsoption in der Präambel eine Liberalisierung des

Printquelle: Eine leicht veränderte Fassung des Beitrags wurde publiziert in: Forum Politische Bildung (Hg.), EU 25 - Die Erweiterung der Europäischen Union (= Informationen zur Politischen Bildung, Band 19), Studien Verlag, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 35-46.

bilateralen Handels in asymmetrischer Form (d. h., die EU hat die Zölle auf Importe aus den MOEL rascher abgebaut als die MOEL jene für Importe aus der EU) mit sich brachten. Bis 1997 hat die EU ihre Zölle auf Importe von Industrieprodukten beseitigt, bis 2002 haben die MOEL dies für Importe aus der EU getan. Zudem unterstützte die EU mit einer Reihe von Vorbereitungsprogrammen (PHARE¹, ISPA², SAPARD³) finanziell die MOEL auf dem Weg in die EU. Des Weiteren hat sich die EU schrittweise auf die Erweiterung vorbereitet (siehe Kasten Heranführung und Finanzierung). Die Europäische Kommission hat mit der Agenda 2000 im Juni 1997 drei Ziele im Hinblick auf die Erweiterung angepeilt: a) eine Reform der wichtigsten und kostenintensiven Politikbereiche (Gemeinsame Agrarpolitik – GAP; Strukturpolitik – Verringerung der Zielgebiete auf drei), b) einen Finanzrahmen (inkl. Kosten der Erweiterung) für die Periode 2000–2006 und c) eine Reform der Institutionen. Die Agenda 2000 inklusive Finanzrahmen wurde auf dem Sondergipfel des Europäischen Rates im März 1999 in Berlin akzeptiert. Die Institutionenreform wurde erst nach einer Regierungskonferenz, deren Ergebnisse in den Vertrag von Nizza einfließen, verwirklicht. Die Reform besteht in einer Neuverteilung der Stimmen im Rat, der Sitze im Europäischen Parlament sowie einer Verkleinerung der Kommission (pro Land ein Kommissar) für eine EU von 27. Erst nach dem zweiten positiven Referendum in Irland am 19.10.2002 konnte der Nizza-Vertrag, der eine Voraussetzung für die Erweiterung ist, am 1.2.2003 in Kraft treten.

Bei jeder Erweiterung – und die EU hat bereits vier hinter sich (1973 wuchs die EU von sechs auf neun Mitglieder, 1981 auf 10 Mitglieder, 1986 auf 12 Mitglieder und 1995 auf 15 Mitglieder) – stellt sich für alle Beteiligten die Frage, was es kostet und was es bringt. Während die vierte EU-Erweiterung um die drei reichen Staaten Finnland, Österreich und Schweden den Wohlstand der EU mehrte und – da sie alle Netto-Zahler zum EU-Budget sind – äußerst willkommen waren (siehe Abb.), ist die Ausgangslage für die fünfte Erweiterung (die im Wesentlichen eine Osterweiterung ist) schwieriger. Abgesehen von der historischen einmaligen Chance, freiwillig und auf friedlichem Weg das demokratische Europa politisch zu vergrößern, stellt die Integration von wenig entwickelten (armen) Staaten in den Binnenmarkt hoch entwickelter (reicher) Staaten eine große ökonomische Herausforderung für beiden Seiten dar. Dennoch stimmen alle bisher vorliegenden Studien über die Kosten und Nutzen der Osterweiterung darin überein, dass letztlich die Chancen für beide Gruppen insgesamt größer sind als die Kosten. Allerdings verteilen sich die Vorteile auf die Länder innerhalb der alten EU unterschiedlich (weil auch nicht alle gleich intensiv mit den MOEL Handel betreiben). Im Folgenden werden die Ergebnisse jüngster Berechnungen über die wirtschaftlichen Auswirkungen der EU-Erweiterung in kompakter Form präsentiert (Näheres siehe *Breuss, 2001, 2002*).

2. Auswirkungen der EU-Erweiterung

¹ PHARE steht für Poland and Hungary: Action for the Restructuring of the Economy.

² ISPA steht für Instrument for Structural Policies for Pre-Accession.

³ SAPARD steht für The Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development.

Printquelle: Eine leicht veränderte Fassung des Beitrags wurde publiziert in: Forum Politische Bildung (Hg.), EU 25 - Die Erweiterung der Europäischen Union (= Informationen zur Politischen Bildung, Band 19), Studien Verlag, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 35-46.

Die zu erwartenden Auswirkungen (Integrationeffekte) hängen jeweils vom Grad der Integration ab. Im Falle der EU-Erweiterung treten die neuen Mitglieder zu einem Zeitpunkt bei, in dem die EU bereits die höchste Stufe der wirtschaftlichen Integration (Zollunion, Binnenmarkt sowie Wirtschafts- und Währungsunion – WWU) erreicht hat. Aufgrund der offiziellen Doktrin (*Europäische Kommission, 2001A; EZB, 2001, S. 114–116*) wird die EU-Erweiterung in zwei Schritten erfolgen: Zunächst treten die neuen Mitglieder auf der Stufe des Binnenmarktes in die Union ein. Erst in einem zweiten Schritt werden sie an der WWU teilnehmen. Dazu müssen die Neuen die Konvergenzkriterien für den Eintritt in die WWU (Inflations-, Zins-, Budgetsaldo-, Schuldenkriterium, Teilnahme am Wechselkursmechanismus II – keine Abwertung über zwei Jahre) einhalten.

Konvergenzkriterien („Maastricht-Kriterien“)

- Inflationsrate höchstens 1,5 Prozentpunkte über der Inflationsrate jener drei Staaten, die am stabilsten sind.
- Öffentliches Defizit höchstens 3 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP).
- Öffentliche Schulden höchstens 60 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP).
- Teilnahme am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems (EWS) ohne starke Kursschwankungen in den normalen Bandbreiten während zweier Jahre vor der Beurteilung.
- Langfristige Zinssätze für Staatsanleihen höchstens 2 Prozentpunkte über dem Zinssatz jener drei Staaten, die das beste Ergebnis bei der Preisstabilität haben.

Aus: Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Schule AWS (Hrsg.): Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion und der Euro – Eine erste Bilanz, Aktuelle Unterlagen Nr. 32, 2001.

Ein Eintritt in die WWU könnte also frühestens 2007/08 erfolgen. Die folgenden Berechnungen beziehen sich daher auf die makroökonomischen Auswirkungen einer Teilnahme am Binnenmarkt. Es wird davon ausgegangen, dass die ökonomischen Effekte im Jahr 2005 einsetzen, wenn die Beitritte Mitte 2004 stattfinden. Die Berechnungen basieren auf Simulationen mit einem Weltmakromodell von Oxford Economic Forecasting (OEF), das explizit 13 EU-Länder und 3 MOEL (Polen, Ungarn und Tschechien) sowie Restosteuroopa modelliert. Die Berechnungen beginnen mit dem Jahr 2001 (Vorbereitungsphase), unterstellen den Beginn der Beitrittseffekte 2005 und erstrecken sich bis 2010. Da die drei genannten Länder Polen, Ungarn, Tschechien – gemessen am absoluten BIP – rund drei Viertel der MOEL-10 ausmachen (siehe Tabelle 1), kann man die folgenden Ergebnisse als repräsentativ für die gesamte EU-Erweiterung auffassen.

Printquelle: Eine leicht veränderte Fassung des Beitrags wurde publiziert in: Forum Politische Bildung (Hg.), EU 25 - Die Erweiterung der Europäischen Union (= Informationen zur Politischen Bildung, Band 19), Studien Verlag, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 35-46.

Jede Vergrößerung eines Wirtschaftsraumes führt zu den aus der Literatur bekannten theoretischen Standardeffekten (insbesondere die Handelseffekte), zu denen im Fall der EU-Erweiterung noch einige Spezialeffekte dazukommen:

- 1) *Handelseffekte*: Kostensenkung durch Wegfall der restlichen Zölle und der Handelskosten
- 2) *Binnenmarkteffekte*: Effizienz- bzw. Produktivitätssteigerung, Intensivierung des Preiswettbewerbs
- 3) *Faktorwanderung (Freier Kapital- und Personenverkehr)*: Direktinvestitionen von West nach Ost, Arbeitsmigration von Ost nach West
- 4) *Kosten der Erweiterung* bzw. Transfers (Umverteilung der Budgetmittel) für die MOEL

Die EU-Erweiterung ist ein Projekt der regionalen Integration mit zahlreichen Asymmetrien. Einerseits wird ein Block „armer“ Länder (MOEL) in einen Block „reicher“ Länder (EU) integriert, andererseits tritt ein kleiner Block einem großen bei. Derzeit sind alle MOEL relativ zur EU arm: Im Durchschnitt beträgt das BIP pro Kopf der 10 Beitrittsländer (BL-10) zu Kaufkraftparitäten (dies sind „künstliche“ Wechselkurse, errechnet aus dem Verhältnis von Inlands- zu Auslandspreisen) rund 45 % von jenem der EU-15. Das absolute BIP der BL-10 macht zu Kaufkraftparitäten rund 9 % jenes der EU-15 aus, zu laufenden Preisen sogar nur 5 % (siehe Tabelle 1). Der Anteil der Landwirtschaft ist viermal so groß wie in der EU. Der Außenhandel mit der EU ist für die MOEL viel wichtiger als umgekehrt, und zwar in einem Ausmaß von 1 : 20. Aufgrund der Tatsache, dass der Block der BL-10 im Vergleich zur EU klein ist (rund 10 %; siehe Tabelle 1) werden sich die positiven Integrationseffekte in den neuen Mitgliedern nur relativ schwach auf die alten EU-Mitglieder übertragen.

Printquelle: Eine leicht veränderte Fassung des Beitrags wurde publiziert in: Forum Politische Bildung (Hg.), EU 25 - Die Erweiterung der Europäischen Union (= Informationen zur Politischen Bildung, Band 19), Studien Verlag, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 35-46.

TABELLE 1: DIE DIMENSION DER EU-ERWEITERUNG

	Fläche	Be-	BIP	BIP	BIP	BIP	BIP	BIP
	1.000	völke	lfd.	pro	pro	pro	pro	pro
	km ²	-	Preise	KKP	Kopf	Kopf	Kopf	Kopf
	Mio.	rung	Mrd.	Mrd.	lfd.	KKP ^{*)}	Lfd.	KKP ^{*)}
			Euro	Euro	Euro	Euro	EU	= EU
							100	100
Estland	45.0	1.4	6.2	13.4	4429	9820	19	42
Lettland	65.0	2.4	8.5	18.2	3542	7700	15	33
Litauen	65.0	3.5	13.4	30.5	3829	8730	16	38
Polen	313.0	38.6	196.7	355.9	5096	9210	22	40
Slowakische Rep.	49.0	5.4	22.3	58.0	4130	10780	18	47
Slowenien	20.0	2.0	20.9	31.8	10450	15970	45	69
Tschechische Rep.	79.0	10.2	63.3	136.2	6206	13280	26	57
Ungarn	93.0	10.2	58.0	121.0	5686	11880	24	51
Malta	0.3	0.4	4.0	4.6	10000	12700	43	55
Zypern	9.0	0.8	10.2	12.5	12750	18460	54	80
<i>Beitrittsländer</i> <i>(BL-10)</i>	738.3	74.9	403.5	782.1	5387	10460	23	45
Bulgarien	111.0	7.9	15.2	51.8	1924	6510	8	28
Rumänien	238.0	22.4	44.4	131.3	1982	5860	8	25
Türkei	775.0	68.6	164.6	357.3	2399	5210	10	22
<i>Kandidatenländer</i> <i>(KL-13)</i>	1862.3	173.8	627.7	1322.5	3612	7600	15	33
EU-15	3236.3	375.9	8815	8814.8	23450	23160	100	100

Printquelle: Eine leicht veränderte Fassung des Beitrags wurde publiziert in: Forum Politische Bildung (Hg.), EU 25 - Die Erweiterung der Europäischen Union (= Informationen zur Politischen Bildung, Band 19), Studien Verlag, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 35-46.

EU-25	3974.6	450.8	9218.3	9596.9	20449	21289	87	92
EU-28	5098.6	549.7	9442.5	10137.3	17178	18442	73	80
	<i>Die „Neuen“ in % von EU-15</i>							
BL-10	22.8	19.9	4.6	8.9	23.0	45.2	23	45
KL-13	57.5	46.2	7.1	15.0	15.4	32.8	15	33

*) KKP = Kaufkraftparitäten

Quelle: Progress towards meeting economic criteria for accession: The assessment from the 2002 regular report, European Economy, Enlargement Papers, No. 10, October 2002, Brussels.

Aus: Die Erweiterung der Europäischen Union. Eine historische Gelegenheit, hg. v. der Europäischen Kommission, Brüssel 2002, S. 38f.

Printquelle: Eine leicht veränderte Fassung des Beitrags wurde publiziert in: Forum Politische Bildung (Hg.), EU 25 - Die Erweiterung der Europäischen Union (= Informationen zur Politischen Bildung, Band 19), Studien Verlag, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 35-46.

2.1 Handelseffekte

Die EU hat mit allen 10 MOEL Europaabkommen abgeschlossen, ein asymmetrischer Zollabbau ist somit bereits im Gange: Die EU hat die Zölle auf Importe aus den MOEL seit 1997 weitgehend beseitigt (Ausnahmen: Agrarprodukte und sensible Produkte), die MOEL hat dies für Importe aus der EU im Jahr 2002 getan. Mit dem EU-Beitritt werden die MOEL Teil der Zollunion der EU (gemeinsamer Zolltarif und gemeinsame Handelspolitik), im Binnenmarkt fallen die Grenzkontrollen weg (Verringerung der Handelskosten). Die exakten Kosteneinsparungen durch den Wegfall der Grenzkontrollen wurden bisher nicht erhoben. Hier wird angenommen, dass die Verringerung der Handelskosten im Jahr des Beitritts 5 % beträgt. Während die Beseitigung der Zölle negative Auswirkungen für die MOEL bedeutet (Einnahmenverluste des Staates), beeinflusst der Wegfall der Grenzkontrollen (Reduktion der Handelskosten) nur die Richtung der Handelsströme (Handelsschaffung). Da fast 70 % der Exporte der MOEL in die EU gehen und fast zwei Drittel ihrer Importe aus der EU stammen, umgekehrt aber nur rund 4 % des Außenhandels der EU insgesamt mit den MOEL abgewickelt werden, sind sie für die MOEL größer als für die EU. Die Handelseffekte allein bedeuten in der EU einen Anstieg des realen BIP von rund 0,05 % hochgerechnet über die Periode 2005 bis 2010. Österreich, das schon bisher mit über 13 % Exportanteil die intensivsten Handelsbeziehungen aller EU-Staaten mit den MOEL unterhält, gewinnt am meisten (BIP kumuliert rund +¼ %) vor den Niederlanden, Frankreich, Irland und Italien (rund +0,1 % bis 0,2 %). Einige Länder (Spanien, Großbritannien) dürften aufgrund der Handelseffekte verlieren, weil sie schon bisher kaum mit den MOEL Handel betrieben haben. In den MOEL ist der BIP-Effekt aus dem zunehmenden Handel fast zehnmals so hoch: In Ungarn wird das reale BIP um rund 4½ % stimuliert (kumuliert über die Periode 2001 bis 2010), in Polen und Tschechien wegen der weniger intensiven Handelsbeziehungen um etwa die Hälfte dieses Wertes.

2.2 Binnenmarkteffekte

Die EU-Erweiterung bedeutet eine Ausdehnung des Binnenmarktes. Damit erhöht sich der Wettbewerbsdruck für die neu beitretenden Länder und auch – allerdings in geringerem Ausmaß – für die gegenwärtigen EU-Mitgliedstaaten. Geht man von den Erfahrungen mit dem Binnenmarktprogramm aus, so sollte dies einen Anstieg der Produktivität und auch ein Sinken des Preisniveaus (über eine Verringerung der Mark-ups; „Preisschock“) bewirken. Zusammengenommen sollte dies das Wachstumspotenzial in den MOEL und auch in der EU vergrößern.

Produktivitätsschocks – Effizienzsteigerung

Für Länder, die sich erst vor rund einem Jahrzehnt von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft gewandelt haben, verursacht der Eintritt in einen der wettbewerbsfähigsten Märkte der Welt – den EU-Binnenmarkt – einen Anpassungsschock. D. h., sie müssen relativ rasch ihre Produktivität steigern, um mithalten zu können. Diese Anpassungsphase wird auch oft mit „Produktivitätsschock“ bezeichnet. Hier wird davon ausgegangen, dass für die MOEL der Eintritt in die EU ähnliche, wenn nicht sogar stärkere Produktivitätsschocks und Preisdämpfungen bedeutet, als die alten EU-Mitglieder bei der Schaffung des Binnenmarktes 1993 verzeichneten. Als Benchmarks werden hier sowohl die diesbezüglichen Ex-ante-Erwartungen anlässlich der

Printquelle: Eine leicht veränderte Fassung des Beitrags wurde publiziert in: Forum Politische Bildung (Hg.), EU 25 - Die Erweiterung der Europäischen Union (= Informationen zur Politischen Bildung, Band 19), Studien Verlag, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 35-46.

Schaffung des Binnenmarktes herangezogen (*Catinat-Donni-Italianer*, 1988) als auch die Ex-post-Erfahrungen in einzelnen Ländern (z. B. für Österreich: *Breuss*, 2000A). Das bedeutet für die neuen EU-Mitglieder einen mittelfristigen Produktivitätsschock von rund 2 % bis 3 %. Der Anfangsschock der Arbeitsproduktivität im Jahr 2005 in den MOEL beträgt rund 1½ % und erreicht in sechs Jahren kumuliert rund 3 %.

In den alten EU-Mitgliedstaaten wird im Allgemeinen ein viel schwächerer Produktivitätsschock angenommen und im Besonderen der „Casella-Effekt“ implementiert: *Casella* (1996) postuliert, dass kleine Länder überproportional von einer regionalen Integration profitieren. Der Eintritt neuer Länder in eine Integrationsgemeinschaft verringert die Bedeutung des Heimmarktes und verbessert die relative Konkurrenzfähigkeit kleiner Länder. Wenn Economies of Scale implizieren, dass Unternehmen in großen Ländern niedrigere Kosten vorfinden, so hat die Erweiterung einer Integrationsgemeinschaft zur Folge, dass die kleinen Länder überproportional gewinnen. Es wird daher angenommen, dass der anfängliche Produktivitätsschock für die gegenwärtigen kleinen EU-Länder im Jahr 2005 rund ¾ % beträgt und mit der Zeit abnimmt, während er für die großen EU-Länder nur halb so groß sein wird.

Aufgrund des angenommenen asymmetrischen Produktivitätsschocks entwickelt sich das reale BIP in den kleinen EU-Staaten besser als in den großen. Eine Steigerung der Arbeitsproduktivität bedeutet jedoch eine verringerte Nachfrage nach Beschäftigten und eine steigende Arbeitslosigkeit. Die Wettbewerbsfähigkeit, gemessen am realen Wechselkurs (relative Lohnstückkosten), verbessert sich. Eine Steigerung der Arbeitsproduktivität beeinflusst auch die Einkommensverteilung: Die Lohnquote sinkt, d.h., die Gewinne wachsen auf Kosten der Löhne.

Preiswettbewerb

Die Verschärfung des Preiswettbewerbs im erweiterten Binnenmarkt wird in den neuen Mitgliedstaaten sicher stärker sein als in den alten („Preisschock“). Ähnlich den Beitritts-Erwartungen vor der Schaffung des Binnenmarktes im Jahr 1993 wird bei der anstehenden Erweiterungsrunde für die MOEL-3 eine Dämpfung des Preisniveaus (gemessen am Verbraucherpreisindex) von rund 6 % über sechs Jahre (oder 1 % pro Jahr) angenommen. Für die alten EU-Mitgliedstaaten wird ein viel geringerer Effekt berücksichtigt, weil diese bereits das Wettbewerbsspiel beherrschen. Generell hängt er aber jeweils von der Handelsintensität der EU-Staaten mit den MOEL ab. Eine Intensivierung des Preiswettbewerbs resultiert in einer Stärkung der Kaufkraft und damit der Nachfrage; dies hat einen Anstieg des realen BIP von anfänglich rund ½ % in den EU-Staaten mit engeren Handelsbeziehungen mit den MOEL und rund halb so starke Effekte in den anderen EU-Staaten zur Folge. Der anfängliche BIP-Impuls beträgt in Polen und Ungarn rund 1 %, fällt in Tschechien aber nur halb so hoch aus.

2.3 Faktorwanderung

Fritz Breuss • Titel: Was kostet die Erweiterung – was bringt sie?

Printquelle: Eine leicht veränderte Fassung des Beitrags wurde publiziert in: Forum Politische Bildung (Hg.), EU 25 - Die Erweiterung der Europäischen Union (= Informationen zur Politischen Bildung, Band 19), Studien Verlag, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 35-46 • Onlinequelle: www.demokratiezentrum.org

Printquelle: Eine leicht veränderte Fassung des Beitrags wurde publiziert in: Forum Politische Bildung (Hg.), EU 25 - Die Erweiterung der Europäischen Union (= Informationen zur Politischen Bildung, Band 19), Studien Verlag, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 35-46.

Da die Faktorwanderung nach der EU-Erweiterung vor allem durch die Realisierung der „vier Freiheiten des Binnenmarktes“ (freier Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr) ausgelöst wird, könnte man ihre Effekte auch unter der Überschrift „Binnenmarkteffekt“ behandeln. Die bisher vorliegenden Studien berücksichtigen Faktorwanderungen meist nicht oder nur teilweise. Daher werden die beiden wichtigsten Effekte – Kapitalwanderung von West nach Ost, Arbeitskräftewanderung von Ost nach West – hier getrennt im OEF-Weltmakromodell simuliert.

Direktinvestitionsströme von West nach Ost

Seit der Ostöffnung im Jahr 1989 fungieren Außenhandel und ausländische Direktinvestitionen als die wichtigsten Kanäle der Integration. Kumuliert über die letzten zehn Jahre (1989–2001) zog die Tschechische Republik pro Kopf mit 2.615 \$ die stärksten Direktinvestitionsströme an vor Ungarn (2.137 \$) und Estland (1.727 \$). Polen, in das absolut die größten Direktinvestitionsströme flossen, weist nur eine Pro-Kopf-Quote von 813 \$ auf. Die vorliegende Schätzung künftiger Direktinvestitionsströme in die MOEL beruht auf den Ergebnissen der Studie von Gács (1999). Demnach werden die Zuströme an Direktinvestitionen in die MOEL-3 bis 2010 um rund 1½ % des BIP steigen. Direktinvestitionen verstärken Akkumulation und Erneuerung des Kapitalstocks und sind damit ein wichtiger Faktor für die Verbesserung des künftigen Wachstumspotenzials. Der Zustrom an Direktinvestitionen in die MOEL wird sich nach deren Eintritt in den Binnenmarkt der EU jedenfalls erhöhen (die gesteigerte Sicherheit für die Investoren schlägt sich in einer Reduktion der Risikoprämien nieder). Die Auswirkungen dieser Art von Faktorwanderung auf die alten EU-Mitgliedstaaten sind weniger eindeutig: Zusätzliche Direktinvestitionen in den MOEL können einerseits das Investitionspotenzial in der EU reduzieren (und/oder im Rest der Welt), andererseits über eine Zinssteigerung indirekt dämpfende Effekte haben, weil zusätzlich Kapital nachgefragt wird. Hier wird dieser Effekt durch eine Anhebung der kurzfristigen Eurozinssätze im Euro-Raum um 0,05 Prozentpunkte am Beginn der zusätzlichen Direktinvestitionsaktivitäten (die bereits in der Vorbereitungsphase ab 2003 beginnen) bis 0,2 Prozentpunkte am Ende dieses Prozesses im Jahr 2010 abgebildet.

In den Investorländern der EU ergibt sich in der Folge des Zinsanstiegs im Durchschnitt eine leichte Dämpfung des realen BIP von rund 0,1 % am Beginn bis zu 0,2 % am Ende der Periode. In den MOEL-3 löst der Kapitalzustrom einen starken Impuls auf das reale BIP aus; er beträgt in Ungarn bis zu +1 %, in Polen +¾ % und in Tschechien +½ %.

Arbeitsmigration von Ost nach West

Die politisch brisanteste Frage im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung ist jene nach dem möglichen Ausmaß der Migration. Die großen Lohnunterschiede (im Durchschnitt der MOEL 40 % des EU-Durchschnitts) könnten theoretisch eine Massenmigration auslösen. Daher haben die EU-Länder an der Grenze zu den MOEL (Deutschland und Österreich) in den Beitrittsverhandlungen für eine Übergangsfrist bezüglich der Freizügigkeit der Arbeitskräfte von bis zu sieben Jahren plädiert. Die anderen EU-Mitgliedstaaten öffnen ihre Arbeitsmärkte ohne Einschränkung sofort.

Printquelle: Eine leicht veränderte Fassung des Beitrags wurde publiziert in: Forum Politische Bildung (Hg.), EU 25 - Die Erweiterung der Europäischen Union (= Informationen zur Politischen Bildung, Band 19), Studien Verlag, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 35-46.

Das Migrationsszenario, das im OEF-Weltmodell angenommen wird, basiert auf den Schätzungen der Europäischen Kommission, erstellt von *Boeri-Brücker* (2000; siehe auch *DIW*, 2000), und unterstellt sofortige Gewährung der Freizügigkeit des Personenverkehrs. Unter der Annahme, dass alle MOEL-10 der EU im Jahre 2002 beitreten, würden nach diesen Berechnungen 335.843 Personen von den MOEL-10 in die EU emigrieren; von ihnen würde die Mehrheit nach Deutschland (218.430, 65 %) und Österreich (40.547, 12,1 %) wandern. Über die Zeit wird der Migrationsstrom versiegen, im Jahr 2010 würde er 146.926 Personen und 2030 nur noch 2.366 Personen betragen.

Kasten: Befürchtungen und Vorteile Befürchtungen

Wirtschaft: Konkurrenz auf dem österreichischen Arbeitsmarkt
Konkurrenz durch niedrige Löhne in Osteuropa

Kosten Erhöhung der österreichischen Beitragszahlungen

Österreich verliert bisherige Förderung

Sicherheit Steigende internationale Kriminalität
Krisen kommen leichter in die EU

Vorteile

Wirtschaft Sicherung hochqualifizierter Arbeitsplätze
Markt mit über 100 Mio. Einwohnern mit Nachholbedarf

Kosten Kosten durch Umverteilung der bisherigen Mittel abgedeckt

Steigerung des Wirtschaftswachstums in Österreich durch die
Osterweiterung

Sicherheit Zusammenarbeit bei Kriminalitätsbekämpfung
Ausdehnung der Zone von Sicherheit und Frieden

Aus: Ein Blick in die Wirtschaft. Teil 3 Wirtschaftsbündnisse und Weltwirtschaft, hg. v. Bank Austria und Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, Wien 2000, S. 13.

Für die vorliegende Modellsimulation wurden diese Werte adaptiert. Aus den MOEL-3 werden demnach im Jahr 2005 143.700 Personen in die EU emigrieren (nach Deutschland 95.800, nach Österreich 17.650); diese Zahl verringert sich bis 2010 auf 72.100 (Deutschland 48.000, Österreich 8.820). Entsprechend der bisherigen Praxis wird angenommen, dass zwei Drittel der Migranten in das Arbeitskräfteangebot eintreten werden.

Printquelle: Eine leicht veränderte Fassung des Beitrags wurde publiziert in: Forum Politische Bildung (Hg.), EU 25 - Die Erweiterung der Europäischen Union (= Informationen zur Politischen Bildung, Band 19), Studien Verlag, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 35-46.

In Übereinstimmung mit der Theorie (z. B. *Borjas*, 1995) liefern die Modellsimulationen des Migrationszenarios das bekannte Muster eines Immigrationsgewinns (immigration surplus) in den Empfängerländern der EU und der Migrationsverluste (migration loss) in den Senderländern der MOEL. Die Unternehmen in der EU können mit zusätzlichen Arbeitskräften zu niedrigeren Löhnen mehr produzieren. Als Ergebnis davon steigt das reale BIP in der EU – am stärksten in Deutschland (+¼ % bis zum Jahr 2010) und Österreich (+0,15 %) – und sinkt in den MOEL-3 (etwa -0,15 %). Durch die Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes steigt die Arbeitslosenquote anfänglich in der EU und verringert sich umgekehrt durch die Verringerung des Arbeitskräfteangebotes in den MOEL. Über die Zeit – auch mit dem Nachlassen des Migrationsstromes – ebnen sich die anfänglichen Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt ein. Migration geht mit einer Umverteilung der Einkommen einher: In den Empfängerländern werden die Gewinne auf Kosten der Löhne begünstigt, in den MOEL tritt eine umgekehrte Entwicklung ein.

2.4 Kosten der Erweiterung für die EU – Nutzen für die Neuen

Neben dem Migrationsproblem steht die Frage nach den Kosten der EU-Erweiterung im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Die Agenda 2000⁴), die von den Staats- und Regierungschefs anlässlich des Europäischen Rats in Berlin im März 1999 verabschiedet wurde, enthielt eine finanzielle Perspektive für die Periode 2000 bis 2006 unter der technischen Annahme, dass die „Luxemburg-Gruppe“ (5 MOEL plus Zypern) bereits im Jahr 2002 beitreten wird. Aufgrund des neuen Beitrittsdatums (1. Mai 2004) und der neuen Zahl von neuen Mitgliedern (10), hat die Kommission im Jänner 2002 einen adaptierten Finanzrahmen für die Periode 2004–2006 erstellt. Dieser wurde – mit einigen Abstrichen und Ergänzungen – im Wesentlichen vom Europäischen Rat in Kopenhagen am 12./13. Dezember 2002 angenommen (siehe Tabelle 2).

⁴) Ausgangspunkt für die vorliegende Modellimplementierung der Kosten der Erweiterung um 3 MOEL und deren Verteilung auf die gegenwärtigen EU-Mitgliedstaaten ist die Agenda 2000. Man könnte hier auch die Kosten der Anpassung an den *acquis communautaire*, einer Vorbedingung für den Eintritt der MOEL in die EU (Kopenhagener Kriterien), berücksichtigen. Ein ähnliches Argument stammt von *Rodrik* (2001) in Zusammenhang mit den Lasten der Stabilisierung, die den Entwicklungsländern im Rahmen des „Washington Consensus“ (IMF, Weltbank) aufgebürdet werden.

Printquelle: Eine leicht veränderte Fassung des Beitrags wurde publiziert in: Forum Politische Bildung (Hg.), EU 25 - Die Erweiterung der Europäischen Union (= Informationen zur Politischen Bildung, Band 19), Studien Verlag, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 35-46.

Tabelle 2: Kosten der Erweiterung um 10 neue Mitgliedstaaten¹⁾

Mio. Euro zu Preisen 1999

Politikbereiche	2004	2005	2006	Summe: 2004– 2006
Rubrik 1: Landwirtschaft (GAP)	1897	3747	4147	9791
<i>Davon:</i>				
1a – Gemeinsame Agrarpolitik	327	2032	2322	4681
<i>Direktzahlungen</i>	-	1173	1418	2591
<i>Marktausgaben</i>	327	859	904	2090
1b – Entwicklung des ländlichen Raums	1570	1715	1825	5110
Rubrik 2: Strukturpolitische Maßnahmen, nach Kappung	6095	6940	8812	21847
<i>Davon:</i>				
2a – Strukturfonds	3478	4788	5990	14256
2b – Kohäsionsfonds	2617	2152	2822	7591
Rubrik 3: Interne Politikbereiche und zusätzliche Ausgaben für die Übergangszeit	1421	1376	1351	4148
<i>Davon:</i>				
Bestehende Politiken	882	917	952	2751
Übergangsmaßnahmen:				
Nukleare Sicherheit	125	125	125	375
Aufbau der Institutionen	200	120	60	380
Schengen	286	286	286	858
Rubrik 5: Verwaltungsausgaben	503	558	612	1673
Obergrenzen der Mittel für Verpflichtungen insgesamt (Rubriken 1, 2, 3 und 5)	9951	12657	14958	37567
<i>in % des BIP von EU-15</i>	<i>0,11</i>	<i>0,14</i>	<i>0,16</i>	<i>0,13</i>

¹⁾ Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Malta, Zypern; Beitritt zur EU am 1. Mai 2004.

Quelle: Schlussfolgerungen des Vorsitzes – Europäischer Rat (Kopenhagen), 12./13. Dezember 2002 Anlage I.

Heranführungsstrategie und Finanzierung

Die Beitrittspartnerschaften und nationalen Programme

Zur Unterstützung der Bewerberländer bei der Bewältigung spezifischer Probleme im Zuge der Vorbereitung auf die EU-Mitgliedschaft wurden Beitrittspartnerschaften für jedes Land verabschiedet. Sie haben jeweils die Form eines mehrjährigen Programms, das Prioritäten und Zwischenziele zur Integration des beitragswilligen Landes festlegt. Ergänzend dazu haben alle Länder ein nationales Programm für die Übernahme des *acquis communautaire* aufgestellt, welches ausführlich erläutert, wie der Beitrittskandidat die Prioritäten der Beitrittspartnerschaft verwirklichen und seine Integration in die EU vorbereiten will.

Die Vorbeitrittsilfe

Zur Verwirklichung der Ziele der Heranführungsstrategie hat der Europäische Rat von Berlin im März 1999 die Verdopplung der Hilfe zur Vorbereitung auf den Beitritt ab dem Jahr 2000 beschlossen, und zwar durch die Neuausrichtung des PHARE-Programms für die beitragswilligen Länder und die Schaffung von zwei spezifischen Instrumenten, ISPA und SAPARD.

a. PHARE

finanziert Maßnahmen für den institutionellen Auf- und Ausbau in allen Sektoren und für alle Arten von Investitionen in den Bereichen, die nicht von den beiden anderen Instrumenten abgedeckt werden (z. B. Aufbau bzw. Anpassung demokratischer Institutionen, öffentlicher Verwaltungen und Organisationen, die für die Umsetzung und Anwendung der Gesetzgebung der Gemeinschaft notwendig sind, Gestaltung von Managementsystemen und die Ausbildung öffentlich Bediensteter wie auch von Fachleuten aus dem Privatsektor; Investitionen zur Umstrukturierung von Schlüsselbereichen in der Wirtschaft, Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen, Angleichung an EU-Normen und Standards); besitzt ein jährliches Budget in Höhe von 1.560 Mio. Euro; wird von der Generaldirektion Erweiterung verwaltet, die auch die allgemeine Koordinierung der drei Finanzierungsinstrumente (PHARE, ISPA, SAPARD) wahrnimmt.

b. ISPA

finanziert große Infrastrukturprojekte in den Bereichen Umwelt und Verkehr;
besitzt ein jährliches Budget in Höhe von 1.040 Mio. Euro;
wird von der Generaldirektion Regionalpolitik verwaltet.

c. SAPARD

finanziert Projekte im Bereich Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (z. B. Verbesserung der Verarbeitungsstrukturen, der Absatzwege und der Qualitätskontrollen von Nahrungsmitteln);
besitzt ein jährliches Budget in Höhe von 520 Mio. Euro;
wird von der Generaldirektion Landwirtschaft verwaltet.

Unterstützung finden die MOEL ferner im Wege der Kofinanzierung von Projekten durch die Europäische Investitionsbank (EIB) sowie durch weitere internationale Finanzierungsinstrumente wie z.B. die EBRD (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung). Die Vorbeitrittsilfe der EIB in Form von Darlehen erstreckt sich auf die

Printquelle: Eine leicht veränderte Fassung des Beitrags wurde publiziert in: Forum Politische Bildung (Hg.), EU 25 - Die Erweiterung der Europäischen Union (= Informationen zur Politischen Bildung, Band 19), Studien Verlag, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 35-46.

vordringlichen Investitionen in allen Bewerberländern, vor allem auf Projekte zur Erleichterung der Übernahme des *acquis communautaire*. Thematische Schwerpunkte liegen in den Bereichen Umweltschutz, Verkehr, Telekommunikation, Energie, industrielle Wettbewerbsfähigkeit und regionale Entwicklung.

Finanzplanung 2000 bis 2006 zu den Heranführungsinstrumenten lt. Agenda 2000: (Mio. Euro – Preise von 1999)

Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Heranführungsinstrumente gesamt	3.120	3.120	3.120	3.120	3.120	3.120	3.120
PHARE	1.560	1.560	1.560	1.560	1.560	1.560	1.560
SAPARD	520	520	520	520	520	520	520
ISPA	1.040	1.040	1.040	1.040	1.040	1.040	1.040

Quelle: Agenda 2000 (Gipfel von Berlin am 24./25.3.1999)

Die Finanzierung der Erweiterung erfolgt im Wesentlichen durch eine Umverteilung der Strukturmittel von den alten Kohäsionsländern (Griechenland, Irland, Portugal und Spanien) zu den neuen Mitgliedstaaten. Dies könnte auch zu einer Umverteilung der Direktinvestitionen in Europa führen (siehe *Breuss-Egger-Pfaffermayr*, 2002).

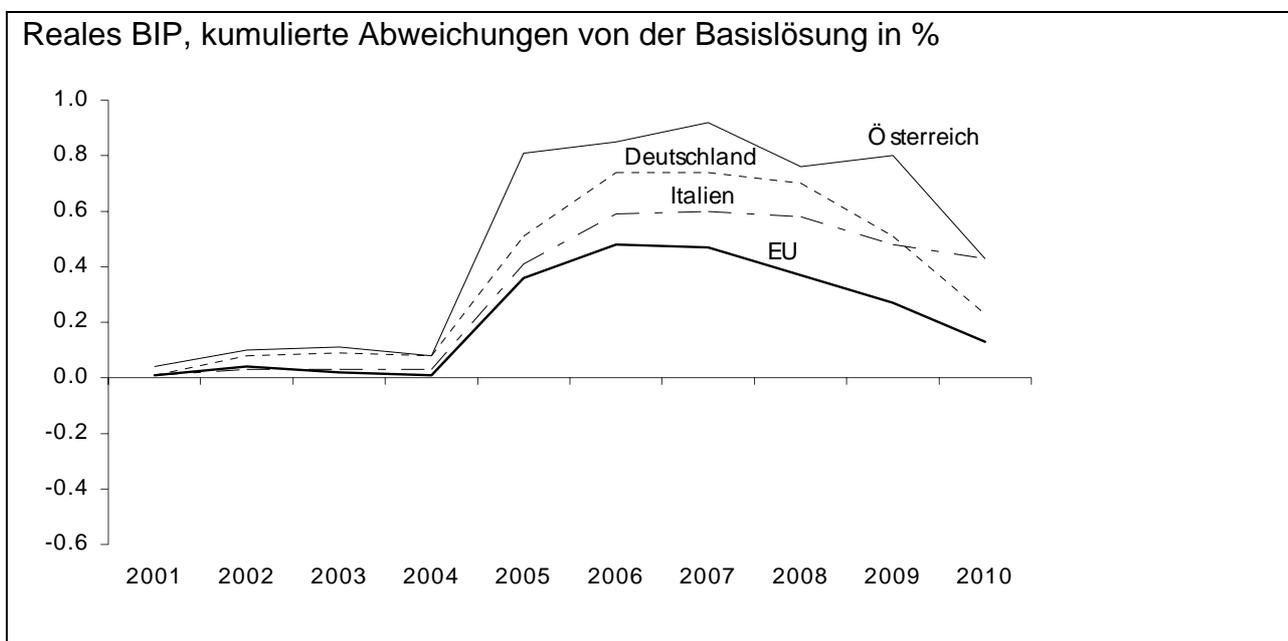
Die Kosten und/oder die Transfers werden im OEF-Weltmodell bei drei Makrovariablen berücksichtigt: in der Leistungsbilanz als Transfers im vollen Ausmaß (Verschlechterung in den EU-Staaten, Verbesserung in den MOEL), im Ausmaß der Hälfte der Transfers in den nationalen Staatshaushalten (Belastung in der EU, Entlastung in den MOEL) und als Stimulus für die Infrastrukturinvestitionen (leichte Nachfragedämpfung in der EU, Ankurbelung der Nachfrage in den MOEL).

Danach belaufen sich die Kosten der EU-Erweiterung um 10 neue Staaten in der Periode 2004–2006 auf insgesamt 37,6 Mrd. Euro (jeweils zu Preisen 1999). Auf die Strukturpolitik entfallen 21,8 Mrd. Euro, auf die Gemeinsame Agrarpolitik 9,8 Mrd. Euro. Der Rest betrifft die Rubriken Interne Politikbereiche und Verwaltungsausgaben. Dazu kommt noch für alle Fälle (sollten die MOEL am Beginn aus technischen Gründen zu Nettozahlern werden) eine besondere „Cashflow-Fazilität“ im Ausmaß von 3,3 Mrd. Euro. Die Brutto-Kosten machen im Jahr 2006 15 Mrd. Euro oder 0,16 % des BIP von EU-15 aus. Zieht man davon die Eigenmittel ab, welche die Neuen ins EU-Budget zahlen müssen, so betragen die Kosten der Erweiterung um 10 Neue im Jahr 2006 0,13 % des BIP von EU-15. Gerade in der Agrarpolitik gab es einen heftigen Streit, weil die EU den Neuen nur eine allmähliche Anhebung der Direktzahlungen zubilligte (in den Jahren 2004 bis 2007 steigt der Förderanteil von 25 % auf 30 %, 35 % und 40 %; erst im Jahr 2013 werden die vollen 100 % wie in den alten EU-Mitgliedstaaten erreicht).

Printquelle: Eine leicht veränderte Fassung des Beitrags wurde publiziert in: Forum Politische Bildung (Hg.), EU 25 - Die Erweiterung der Europäischen Union (= Informationen zur Politischen Bildung, Band 19), Studien Verlag, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 35-46.

Die mäßige Verschlechterung der Staatshaushalte und der Leistungsbilanz in den EU-Staaten geht mit einer sehr geringen Dämpfung des realen BIP in diesen Ländern einher. In den MOEL-3 haben die zusätzlichen Transfers aus dem EU-Budget positive Wirkungen. Nicht nur Staatshaushalt und Leistungsbilanz werden entlastet, sondern – was noch wichtiger ist – die Stimulierung der Infrastrukturinvestitionen bewirkt eine Zunahme des realen BIP. Das reale BIP würde in Polen um rund 3 % steigen, in Ungarn und in Tschechien um 2 % (jeweils kumuliert über die Periode 2001/2010; siehe Tabelle 3).

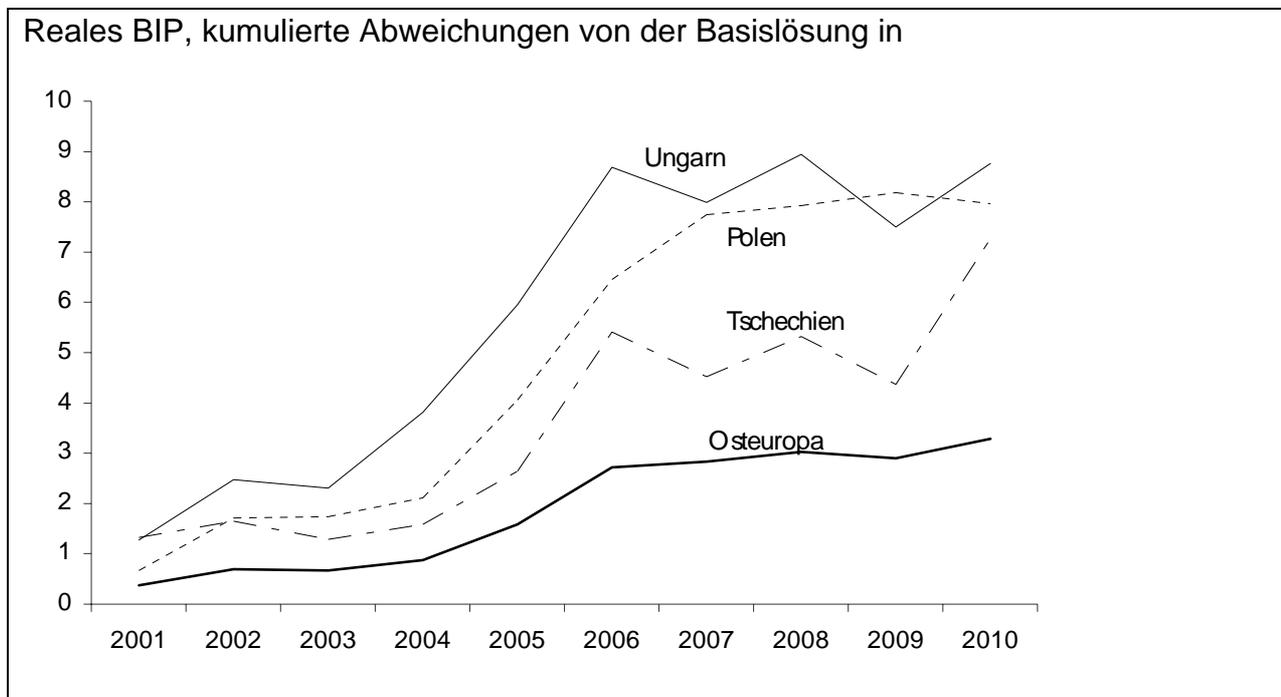
Abbildung 1: Gesamteffekte der EU-Erweiterung in der EU



Quelle: Eigene Simulationen mit dem OEF-Weltmakromodell

Printquelle: Eine leicht veränderte Fassung des Beitrags wurde publiziert in: Forum Politische Bildung (Hg.), EU 25 - Die Erweiterung der Europäischen Union (= Informationen zur Politischen Bildung, Band 19), Studien Verlag, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 35-46.

Abbildung 2: Gesamteffekte der EU-Erweiterung in 3 MOEL



Quelle: Eigene Simulationen mit dem OEF-Weltmakromodell

3. Eine Gesamtbewertung

Da die MOEL als kleinere Region in einen großen Binnenmarkt integriert werden, wird davon ausgegangen, dass sie durch die Erweiterung im Durchschnitt rund zehnmal so viel gewinnen wie die EU-Länder. Gemäß den Ergebnissen der Simulationen mit dem OEF-Weltmakromodell können Ungarn und Polen ihr reales BIP innerhalb der nächsten zehn Jahre (einschließlich der Vorbereitungsphase 2001/2004) um rund 8 % bis 9 % steigern; das entspricht einem jährlichen Wachstumsschub von rund 1 %. Tschechien gewinnt etwas weniger (BIP +5 % bis +6 % oder +½ % bis +¾ % pro Jahr; siehe Tabelle 3 und Abbildung 2). In der EU erhält das BIP im Durchschnitt innerhalb einer Periode von sechs Jahren (2005/2010) einen Impuls von rund ½ % oder 0,1 % pro Jahr. Jene Länder, die wie Österreich, Deutschland und Italien bereits bisher enge Handelsbeziehungen mit den MOEL unterhielten, profitieren am meisten. In Österreich würde das reale BIP durch die Erweiterung hochgerechnet von 2005 bis 2010 um rund ¾ % zunehmen, was einem jährlichen Wachstumsimpuls von 0,15 % entspricht (siehe Tabelle 3 und Abbildung 1).

Für die EU und die MOEL ist die EU-Erweiterung insgesamt eine „Win-win-Situation“. Für einige EU-Länder übersteigen allerdings die Kosten den Nutzen. Dies gilt insbesondere für Spanien, Portugal und Dänemark. Die anfänglich leichten Wachstumsimpulse klingen rasch wieder ab (Abbildung 1).

Printquelle: Eine leicht veränderte Fassung des Beitrags wurde publiziert in: Forum Politische Bildung (Hg.), EU 25 - Die Erweiterung der Europäischen Union (= Informationen zur Politischen Bildung, Band 19), Studien Verlag, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 35-46.

Aufgrund der vorliegenden Analyse für die „MOEL-3“ (Polen, Tschechien, Ungarn) kann man das Ergebnis im Falle des Beitritts der BL-10 ungefähr abschätzen: Da die MOEL-3 rund zwei Drittel des BIP der BL-10 ausmachen und engere Handelsbeziehungen zur EU unterhalten als die MOEL-10 im Durchschnitt, dürften die makroökonomischen Effekte der EU-Erweiterung um die BL-10 sowohl in der EU als auch in den MOEL um rund ein Drittel höher sein als die hier vorgelegten Schätzungen. Das würde langfristig (bis 2010) einen kumulierten Anstieg des realen BIP von rund 12 % in den BL-10 und von rund $\frac{2}{3}$ % in der EU bedeuten. Insgesamt dürfte der Integrationsimpuls der Erweiterung in den BL-10 länger anhalten (siehe Abbildung 2) als in den alten EU-Mitgliedstaaten (siehe Abbildung 1), wo die anfänglichen Impulse relativ rasch wieder abklingen.

Zusammenfassung

Die EU-Erweiterung um 10 neue Mitgliedstaaten ist für die EU, aber auch für die Neuen eine große Herausforderung. Zum einen musste die EU selbst erweiterungsfähig werden. Das geschah durch Reformen in der GAP und Strukturpolitik sowie bei den Institutionen, wobei Erstere in der Agenda 2000 und Letztere im Nizza-Vertrag festgeschrieben sind. Die Erweiterung um 10 neue Mitgliedstaaten, die durchwegs arme Länder (gemessen am BIP pro Kopf) sind, verursachen – im Gegensatz zur letzten EU-Erweiterung 1995, als nur reiche Länder (Netto-Zahler) beitraten – Kosten in den Bereichen Landwirtschaft und Strukturpolitik. Dennoch machen die Brutto-Kosten bis 2006 nur rund 0,2 % des BIP der EU-15 aus. Die Kosten werden allerdings bis zum Ende der nächsten Finanzperiode 2007–2013 weiter steigen und könnten am Ende 0,3 % des EU-15-BIP erreichen. Netto, nach Abzug der Eigenmittel, die die Neuen dem EU-Haushalt abliefern müssen, machen die Kosten letztlich nur rund 0,2 % des EU-15-BIP aus. Diesen Kosten stehen aber weitere höhere Integrationseffekte gegenüber. Laut den hier vorgestellten Modellsimulationen mit einem Weltmakromodell dürften dabei die Integrationsgewinne (gemessen am Zuwachs an realem BIP) in den neuen Mitgliedstaaten rund zehnmal so hoch sein wie jene in den alten Mitgliedstaaten. Bei Letzteren dürften Österreich und Deutschland die Hauptgewinner sein. Allerdings müssen einige Länder auch damit rechnen, von der EU-Erweiterung ökonomisch netto nicht zu profitieren. Das gilt insbesondere für die Kohäsionsländer (Griechenland, Portugal, Spanien, weniger für Irland). Das ergibt sich zum einen aus deren geringer Handelstätigkeit mit den MOEL und zum anderen dadurch, dass die EU-Erweiterung im Wesentlichen durch eine Umverteilung von den Strukturmitteln, die bisher den Kohäsionsländern zugeflossen sind, zu den MOEL finanziert wird.

Literaturhinweise

- Baldwin, R. E./Francois J. F./Portes, R.: „The Costs and Benefits of Eastern Enlargement: The Impact on the EU and Central Europe“, *Economic Policy*, 1997, S. 127–176.
- Boeri, T./Brücker, H.: *The Impact of Eastern Enlargement on Employment and Labour Markets in the EU Member States*, DIW, CEPR, FIEF, IGIER, IHS. Berlin–Mailand, 2000.
- Borjas, G. J.: „The Economic Benefits from Immigration“, *The Journal of Economic Perspectives*, 1995, 9(2), S. 3–22.
- Breuss, F.: „Costs and Benefits of EU Enlargement in Model Simulations“, IEF Working Papers, 1999, (33).
- Breuss, F.: „An Evaluation of the Economic Effects of Austria's EU Membership“, *Austrian Economic Quarterly*, 2000A, 5(4), S. 171–196.

Printquelle: Eine leicht veränderte Fassung des Beitrags wurde publiziert in: Forum Politische Bildung (Hg.), EU 25 - Die Erweiterung der Europäischen Union (= Informationen zur Politischen Bildung, Band 19), Studien Verlag, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 35-46.

- Breuss, F.: „The Role of Time in EU Enlargement“, in: Arndt, S./Handler, H. (Hrsg.): Eastern Enlargement: The Sooner, the Better?, European Academy of Excellence, Austrian Ministry for Economic Affairs and Labour. Wien, 2000B, S. 118–132.
- Breuss, F.: „Macroeconomic Effects of EU Enlargement for Old and New Members“, WIFO Working Papers, 2001, (143).
- Breuss, F.: „Makroökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf alte und neue Mitglieder“, WIFO-Monatsberichte 11/2001, S. 655–666.
- Breuss, F.: „Benefits and Dangers of EU Enlargement“, Empirica, Vol. 98, No., 2002, 245–274.
- Breuss, F./Egger, P./Pfaffermayr, M., „Structural Policy Reform and Distribution of FDI in Europe“, WIFO Working Papers, No. 174, February 2002.
- Breuss, F./Schebeck, F.: „Kosten und Nutzen der EU-Osterweiterung für Österreich“, WIFO-Monatsberichte 1998, 71(11), S. 741-750.
- Brown, D./Deardorff, A./Djankov, S./Stern, R.: „An Economic Assessment of the Integration of Czechoslovakia, Hungary, and Poland into the European Union“, in: Black, St. W. (Hrsg.): Europe's Economy Looks East. Implications for Germany and the European Union, Cambridge University Press. Cambridge, U.K., 1997, S. 23–60.
- Casella, A.: „Large Countries, Small Countries and the Enlargement of Trade Blocks“, European Economic Review, 1996, 40(2), S. 389–415.
- Catinat, M./Donni, E./Italianer, A.: „The Completion of the Internal Market: Results of Macroeconomic Model Simulations“, European Commission, Economic Papers, 1988, (65).
- DIW: „EU-Osterweiterung: Keine massive Zuwanderung zu erwarten“, DIW-Wochenbericht, 2000, 67(21), S. 315–332.
- Europäische Kommission: „Exchange Rate Aspects of Enlargement“, European Economy, Supplement C, Economic Reform Monitor, 2001A, (1).
- Europäische Kommission: „The Economic Impact of Enlargement“, Directorate General for Economic and Financial Affairs, Enlargement Papers, 2001B, (4).
- EZB: Jahresbericht 2000, Europäische Zentralbank. Frankfurt, 2001.
- Gács, J. (Koordination): PREPARITY – Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung. Teilprojekt 2: Macroeconomic Developments in the Candidate Countries with Respect to the Accession Process, WIFO. Wien, 1999.
- Keuschnigg, Ch./Kohler, W.: Eastern Enlargement to the EU: Economic Costs and Benefits for the EU Present Member States. The Case of Austria, European Commission, Study XIX/B1/9801. Brüssel, 1999 (mimeo).
- Keuschnigg, Ch./Keuschnigg, M./Kohler, W.: Eastern Enlargement to the EU: Economic Costs and Benefits for the EU Present Member States? Germany, Studie im Auftrag der Europäischen Kommission, Universität Linz und Universität des Saarlandes. Linz, 1999.
- Kohler, W.: „Wer gewinnt, wer verliert durch die Osterweiterung der EU?“, in: Hoffmann, L. (Hrsg.): „Jahrestagung 1999: Erweiterung der EU“, Schriften des Vereins für Socialpolitik, 2000, 274, S. 27–77.
- Lejour, A. M./de Mooij, R. A./Nahuis, R.: „EU Enlargement: Economic Implications for Countries and Industries“, CPB Document, 2001, (011).
- Neck, R./Haber, G./McKibbin, W. J.: „Macroeconomic Impacts of an EU Membership of Central and Eastern European Economies“, Ludwig Boltzmann Institut zur Analyse wirtschaftspolitischer Aktivitäten, Forschungsbericht, 1999, (9917).
- Rodrik, D.: The Development Countries' Hazardous Obsession with Global Integration. Wien, 2001 (mimeo).